

TAGUNGSBERICHT: „KIRCHLICHES LEBEN IM KRIEG“

Tagung vom 14.–16. März 2003 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain

Das Thema „Kirchliches Leben im Krieg“ zeichnet sich nicht nur durch seine Verankerung in der Zeitgeschichte, sondern auch durch einen ständig aktuellpolitischen Bezug aus, der Fragen nach Verhalten und Versagen sowie nach Möglichkeiten der Einflußnahmen von Kirchen auf die „große“ Politik immer wieder aufwirft. Dass auch bereits vergangene und von vielerlei Disziplinen beschriebene und analysierte Kriege und ihre Begleiterscheinungen noch keinen ausreichenden Platz in der kirchlichen Zeitgeschichte eingenommen haben, trifft auf den Zweiten Weltkrieg in besonderer Weise zu, wie die nachfolgend dokumentierte Tagung verdeutlichte.

Auf Einladung von Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser (Marburg) und Prof. Dr. Martin Greschat (Münster) referierten und diskutierten etwa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Aspekte des deutschen Alltags kirchlich bzw. christlich geprägter Milieus während des Zweiten Weltkrieges. Kaiser wies in seiner Einleitung darauf hin, dass die meisten Darstellungen von „Kirche im Krieg“ mit dem Jahr 1941 enden. Dies sei zum einen auf das faktische kirchliche Presseverbot 1941 und auf die kriegsbedingten Dokumentenverluste zurückzuführen. Schließlich sei die dürftige Quellsituation auf die Sorgen und Nöte der Menschen im Alltag zurückzuführen, die sich pragmatisch in ihr Schicksal zu fügen hatten und deren Kapazitäten vor allem vom täglichen Überlebenskampf in Anspruch genommen wurden. All dies habe dazu beigetragen, dass der Weg der evangelischen Kirchen im Zweiten Weltkrieg in der geschichtlichen Erinnerung – gegenüber den Friedensjahren – keinen rechten Ort habe. Auch die Auseinandersetzung mit der Problematik der Zwangsarbeit in evangelischer Kirche und Diakonie habe dieses Forschungsdesiderat (erneut) offenbart.

Zunächst skizzierte PD Dr. Hans-Walter Schmuhl (Bielefeld) die Auswirkungen des Krieges auf den Alltag der deutschen Gesellschaft. Der Historiker betonte das Spannungsverhältnis zwischen dem gelebten und erlebten Alltag des einzelnen Menschen sowie die diesen determinierenden politischen, wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Bedingungen, zwischen Mikrokosmos und Makrokosmos, die es produktiv miteinander zu verbinden gelte. Zugleich sei es problematisch von „dem“ Alltag der deutschen Gesellschaft zu sprechen, da diese Alltagserfahrungen sich je nach sozialem Zusammenhang, Geschlecht und Generation sowie von Gruppenzugehörigkeit voneinander unterschieden. Zudem sei es notwendig, die Kriegsphasen und ihre jeweiligen Auswirkungen in den Blick zu nehmen. In dem Diktum „soviel Normalität wie möglich, soviel Krieg wie nötig“ spiegelte sich die Maxime des NS-Regimes, das seiner Bevölkerung möglichst viel von den Härten des Krieges ersparen wollte, hauptsächlich um der innenpolitischen Stabilität willen. Gleichwohl war die Situation der deutschen Gesellschaft von niedrigen Löhnen, Akkordarbeit, Einberufungen, Dienstverpflichtungen, nächtlichem Fliegeralarm, einer mehr und mehr willkürlich agierenden Polizei und Justiz, Versorgungsengpässen, denen mit Ratio-

nierungen und Markenwirtschaft begegnet wurde, und schließlich auch ersten großen Niederlagen nach voran gegangenen „Blitzsiegen“ geprägt. In Diskrepanz zu diesen Lebensbedingungen, die auch durch die immer häufiger bei der Gestapo eingehenden Denunziationen eine weitere Erschwernis erfuhren, standen die Bemühungen um eine qualitativ hochstehende und neuartige soziale Versorgung der deutschen Bevölkerung. KdF-Reisen und Volkswagen, Volksempfänger und sozialer Wohnungsbau bildeten den Kontrast zu einem – sich im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten – auf reichlich niedrigem Niveau abspielendem Leben. Der Rückzug ins Private – u. a. als Schutz vor ständiger Propaganda und vor Einbeziehung in kollektive Zwänge – ver Einzelte die Menschen, die gleichzeitig eine Nivellierung durch die von ihnen als erstrebenswert empfundene Massenkultur erfuhren.

Dr. Jürgen Kampmann (Hausberge) ergänzte in seinem Vortrag die von Schmuhl referierten Lebensbedingungen um die kirchenpolitischen Rahmenbedingungen, die bereits vor 1939 ihre diskriminierende und kirchliches und diakonisches Leben stark einschränkende Ausprägung und restriktive Umsetzung erfuhren. Galt während der Kriegszeit ein so genannter „Burgfriede“ zwischen Staat und Kirchen, so sollte nach dem „Endsieg“ der Kampf gegen die Kirchen erneut aufgenommen und zu einem die Kirchen vernichtenden Ergebnis gebracht werden. Kirchliches Leben im Krieg wurde in vielerlei Hinsicht eingeschränkt, sei es durch die Einziehung von Pfarrern, der Beschlagnahme von Gebäuden, der Abgabe von Kirchenglocken und Orgelpfeifen oder durch die ministeriellen Auseinandersetzungen, die die Kirchen in einer Situation der Unsicherheit ließen. Trotz dieser Restriktionen, die ja die Vernichtung der Kirchen zum Ziele hatten, fanden Diskussionen um die Zukunft der Kirche und ihrer Gemeinden statt. Je nach Couleur der Diskutanten waren die Vereinskirche, die Gemeindekirche oder die Volkskirche präferierte Modelle.

Am Beispiel einer Kirche in der Region, hier Hamburg, veranschaulichte und konkretisierte PD Dr. Rainer Hering (Hamburg) die Problematik von kirchlichem Alltag in einem Krieg, der jeden vorausgegangenen in seiner Radikalität übertraf und dessen Folgen sich schließlich auch in Deutschland selbst niederschlugen. So konnte Hering von Verhaftungen einzelner Pastoren und deren Verbringung in Konzentrationlager berichten. In einem Fall hatte ein Pfarrer Kritik an der Propaganda-Forderung, „dem Führer ein Kind zu schenken“ geübt. Diese Äußerung wurde ihm – angesichts einer sich verknappenden Soldatenreserve – als Akt der „Wehrkraftzersetzung“ zur Last gelegt. Zugleich wies Hering auf die Rolle der Kirche als Trösterin und Sinngeberin hin. Gedenkgottesdienste für gefallene Soldaten wurden nicht nur von Angehörigen, sondern auch von Nachbarn besucht. Briefe der Pfarrer an jene Gemeindemitglieder, die sich an der Front befanden, halfen ein mentales Band zu knüpfen und die Distanz zwischen Heimatfront und Kriegsfrent zu überwinden.

Der Beitrag von Prof. Dr. Martin Greschat (Münster), der krankheitsbedingt nicht selbst vortragen konnte, betonte, dass der Krieg hauptsächlich erlitten worden sei. Auch Greschat betonte die Notwendigkeit zwischen den verschiedenen Orten des Kriegserlebens zu differenzieren. Fronterfahrungen zeichne-

ten sich in besonderer Weise durch Todes- und auch Tötungserfahrungen aus, die mitunter zu einer besonderen religiösen, fast mystisch zu nennenden Glaubenspraxis führten. So hätten Devotionalien im Frontalltag eine besondere Rolle gespielt. An der Heimatfront indes, wo die Lebenssituation ab 1941 je nach geographischer Lage lebensbedrohlich wurde und der Alltag sich zunehmend in Keller und Bunker verlagerte, fanden „Gebete in Todesnot“ (BK Berlin) Einzug in die rituelle Praxis der Schutzsuchenden. Greschat betonte die Existenz einer Sprachlosigkeit gegenüber dem eigenen Kriegserleben und der konflikthaften, oftmals auch nicht reflektierten Übertretung des 5. Gebotes.

Auch PD Dr. Rolf-Ulrich Kunze (Karlsruhe) verdeutlichte zunächst in einem Literaturbericht die mangelhafte Bearbeitung des Themas Kirchen im Zweiten Weltkrieg. Dabei setzte sich die DEK bereits im September 1939 mit einer bedeutenden Begleiterscheinung des Krieges auseinander, die sich noch bis in die 1950er Jahre fortsetzen sollte: Der Betreuung und Versorgung von Internierten und Kriegsgefangenen. Unter der Leitung von Bischof Theodor Heckel organisierte das Hilfswerk eine Art „Fernseelsorge“ an deutschen, aber auch englischen, französischen, niederländischen und polnischen kriegsgefangenen Theologen. Neben dieser geistlichen Betreuung, die sich zumeist in Predigten, Bildblättern und sog. „Grüßen aus der Heimatkirche“ materialisierten, ging es dem „Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene“ auch um eigenständige diplomatische Kontakte zur Wehrmacht. Diese sollten für die DEK (das Hilfswerk war beim Außenamt der DEK angesiedelt) fruchtbar gemacht werden. Kunze wies darauf hin, dass die Unterlagen dieses Hilfswerks der Öffentlichkeit zur Zeit leider nicht zur Verfügung stünden und betonte, wie bedeutsam und wichtig ihre wissenschaftliche Erschließung für zentrale Erkenntnisse zum kirchlichen Leben im Krieg wäre.

Ein weiteres Betätigungsfeld der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie während des Zweiten Weltkrieges stellte schließlich Dr. Uwe Kaminsky (Marburg) vor. Der Historiker berichtete aus seiner bundesweit bislang einmalig zu nennenden Studie zum Einsatz von Zwangsarbeitskräften in Einrichtungen der Inneren Mission der Ev. Kirche im Rheinland. Etwa 1.200 Ausländerinnen und Ausländer seien während der Kriegsjahre in der Landwirtschaft und Gärtnerei, in der Hauswirtschaft von Krankenhäusern und Heimen, im Pflegedienst in sog. „Ausländerkrankenbaracken“ sowie in Handwerkseinrichtungen der Anstalten beschäftigt gewesen. In der Regel verrichteten die ausländischen Arbeitskräfte, die zu etwa 50% aus der UdSSR stammten, Gehilfentätigkeiten, die entsprechend niedrig vergütet wurden. Zwar seien gemessen an der Gesamtbelegschaftszahl nicht mehr als 5% Ausländer eingesetzt gewesen, in Einzelfällen konnten aber auch über 50% der Arbeitenden Nichtdeutsche sein. In der Regel wurden junge Frauen aus der Ukraine eingesetzt, aber auch auf Kriegsgefangene wurde zurückgegriffen. Kaminsky betonte im folgenden den fürsorgerischen Anteil von Kirche und Diakonie im Leben von Zwangsarbeitern, so gewährleisteten viele Krankenhäuser eine – allerdings nach rassistischen Kriterien abgestufte – pflegerische und medizinische Hilfe bei den oftmals an schweren

Krankheiten leidenden Ausländern. Hinzu trat der seelsorgerliche Beistand, den einzelne Pfarrer leisteten.

Auf diesen weitgehend noch der Erforschung harrenden Komplex ging Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser (Marburg) in seinen Ausführungen ein. Kaiser betonte zum einen die Tradition der „Ausländerseelsorge“ mit dem Hinweis auf die „Schnitterbetreuung“, als 1871 erste ausländische Arbeitskräfte ins Reich und hier speziell in die Diakonie nach Lobetal bei Berlin kamen. Gleichwohl sei die geistliche Betreuung von Ausländern eher ein Randthema gewesen, man hatte kirchlicherseits mehr die eigene (nationale bzw. „deutsch-arische“) Klientel im Blick. Mit Beginn des massenhaften Ausländereinsatzes änderte sich zunächst nur wenig, jedoch verhalfen vier staatliche Erlasse zu einem gewissen rechtlichen Rahmen, in dem sich die Kirchen fortan bewegen konnten. Dabei wurde kirchlicherseits das Verbot der Teilnahme von sog. „Ostarbeitern“ und Polen an Gottesdiensten weitgehend hingenommen, obwohl Kaiser auch von einer bemerkenswerten Ausnahme berichten konnte. Ein Pfarrer wandte sich gegen den Ausschluß von sog. „Ostarbeitern“ aus seinem Gottesdienst mit dem Hinweis, dass diese der Gottlosigkeit der UdSSR entkommen wollten und daher in das Deutsche Reich gekommen seien. Nun müsse man ihnen auch unterstützend entgegen treten. In der Regel sei der Umgang der Kirche mit ausländischen Gläubigen von einem gewissen Pragmatismus und in Einzelfällen auch von einer vorausschauenden „Ökumene“ geprägt gewesen. Kaiser schloß seinen Vortrag mit dem Beispiel eines katholischen Pfarrers, der den evangelischen Amtsbruder um die Bestattung eines katholischen polnischen Kindes bat.

Dr. Renate Zitt (München) griff aus der Perspektive der Praktischen Theologie in ihrem Vortrag die Problematik der Erinnerung an Krieg und Nationalsozialismus in Kirchengemeinden auf. Sie betonte, dass Kirchliche Zeitgeschichte und Praktische Theologie dabei von der qualitativen Sozialforschung mit den Methoden des biographisch-narrativen Interviews und von den kulturwissenschaftlichen Erinnerungs- und Gedächtnistheorien wichtige Impulse erhalten könnten. Es sei davon auszugehen, dass persönliche Erinnerungen sich – wie etwa in Familien(-romanen) vergleichbar – über vier Generationen kommunizieren, um dann mehr oder weniger verloren zu gehen, wenn sie nicht gezielt erinnert werden. Dieses Phänomen sei auch für Kirchengemeinden zu beobachten. Notwendig sei jedoch die Pflege des kommunikativen Gedächtnisses, in dem das persönliche Erleben ohne eine Beurteilung in „richtig“ oder „falsch“ für sich stehen könne. Im besten Falle kommen Gemeindemitglieder miteinander ins Gespräch, schaffen sich eigene Erinnerunginseln und die Gemeinden erhalten die Funktion eines Erzähl-Raumes, in dem intergenerationell Erinnerung geteilt wird. Als Beispiel wurden für die Öffentlichkeit initiierte Erinnerungen und Erzählungen von Zeitzeuginnen im Jahr 2002 anlässlich des Jubiläums des Wiederaufbaus der im Krieg zerstörten Konkordien-Kirche in Mannheim vorgestellt, in denen auch Muster der identitätsstabilisierenden Wirkung kirchengemeindlichen Lebens auf der Ebene des Alltags, der Biographie und der Lebensperspektiven im Alltag des Kriegs in der Großstadt sichtbar wurden. Die Möglichkeit, zu erzählen und eigenes Leid zu erinnern, eröffne (im

Idealfall) auch den Blick auf zumeist verdrängte und „vergessene“ Erinnerungen, etwa auf die eigene Rolle im Nationalsozialismus.

Auf die Institutionenebene rekurrierte Dr. Norbert Friedrich (Kaiserswerth) in seinem Vortrag zum Verbandsprotestantismus im Krieg. Friedrich betonte, dass trotz Auflösung traditioneller, auch christlicher Milieus, protestantisches Leben seinen – natürlich oftmals weitgehend eingeschränkten – Fortgang in Vereinen nahm. Während einzelne Vereine gleichgeschaltet wurden, etwa das „Blaue Kreuz“, oder sich auflösten bzw. aufgelöst wurden, ging der Kaiserswerther Verband deutscher Diakonissenmutterhäuser (KWV) zwar geschwächt in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft (Stichwort: Devaheim-Affäre), erfuhr aber einen Bedeutungszuwachs durch den beginnenden Krieg, der ihn als Verhandlungspartner für die Wehrmacht unentbehrlich machte. Denn der KWV verfügte über die an die Mutterhäuser angeschlossenen medizinischen Einrichtungen und Krankenhäuser, die in der Folge als Lazarette dienen sollten. Hinzu kamen die vielen tausend in der Krankenpflege ausgebildeten Diakonissen, die nicht nur eine professionelle Pflege der verwundeten deutschen Soldaten, sondern auch eine ausreichende Schulung der DRK-Schwestern garantierten. Am Beispiel von Sr. Auguste Mohrmann u. a. verdeutlichte Friedrich drei Kontinuitätslinien, die bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Kirche im Krieg“ ebenfalls Berücksichtigung finden sollten: die personelle, die institutionelle sowie die mentalitätsgeschichtliche Fortführung von Arbeiten und Aufgaben im Feld der Inneren Mission resp. Diakonie.

Den Blick auf die Mikroebene lenkte indes noch einmal Dr. Jens Murken (Bielefeld), der die Notwendigkeit einer Multiperspektivität auf den Kriegsalltag herausstellte und trotz methodologischer Probleme und angebrachter Quellenkritik dafür plädierte, auf die Aussagen von Zeitzeugen, solange es diese für die Zeit des Zweiten Weltkrieges noch gibt, zurückzugreifen. Auf diesem Wege seien Versatzstücke christlichen Glaubens und religiöse Deutungsmuster für den Krieg und das eigene Leid zu erfahren. Auch (religiöse) Strategien zur Bewältigung des Alltags könnten sich in Zeitzeugeninterviews, aber auch in anderen persönlichen Überlieferungen (Tagebücher, Feldpostbriefe usw.) abzeichnen. Hier negierte Murken die These vom Krieg als dem „großen Moratorium des Alltags“, er betonte, dass das Leid und das Erleiden des Krieges bereits etwas „Alltägliches“ erhalten hatte: Gerade die Durchbrechung der Regelmäßigkeit des Alltags konstituierte diesen neu – als Alltag. Es gelte, so Murken weiter, so lange wie möglich die Deutungskonkurrenz, die vielfach zwischen privater und wissenschaftlicher Geschichtsbetrachtung besteht, fruchtbar zu nutzen.

Die von fast allen Referenten und Referentinnen angesprochenen Quellenprobleme skizzierte Dr. Stefan Flesch (Düsseldorf) am Beispiel der Überlieferungssituation in den einzelnen Landeskirchen. Für die Ev. Kirche im Rheinland (deren Archivleiter Dr. Flesch ist) und das Tagungsthema kann allerdings auf gute Überlieferungsbestände zurück gegriffen werden. Unterschiedliche Faktoren begünstigten bzw. erschwerten oder behinderten sogar das Wachsen einer zufriedenstellenden Quellensituation. Zunächst sei die religiöse bzw. auch

politische Ausrichtung der jeweiligen Landeskirche in Rechnung zu stellen, sodann sei die geographische Lage zu berücksichtigen, die eine ganz entscheidende Determinante von Quellen und Quellenüberlieferung darstelle (Stichwort: Kinderlandverschickung aus luftschutzgefährdeten Städten und Gemeinden) und zum Schluß – der schlichte Zufall, nach dem sich Überlieferungen gehalten hätten, zu nennen.

Vorträge und Diskussionsbeiträge dokumentierten sehr anschaulich den Facettenreichtum und Vielschichtigkeit des Tagungsthemas. Sie verdeutlichten aber auch die Forschungslücken, die sich wohl nur in einem langfristigen interdisziplinären Diskurs näherungsweise werden füllen lassen.

Alle Tagungsbeiträge werden, dank der freundlichen Zusage des Direktors der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Herrn Pfarrer Dr. Hermann Düringer, in der Reihe „Arnoldshainer Texte“ publiziert und voraussichtlich im Herbst 2003 erscheinen.

Ich danke Frau Dr. Renate Zitt für wichtige Anregungen.

Ulrike Winkler